



Erklärung der GEW vom 14.01.2009 zur Überarbeitung der KMK-Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung

1. Die GEW wertet die Absicht der Kultusministerkonferenz, die Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung aus dem Jahr 1994 zu überarbeiten, als positives, aber auch überfälliges Signal, sich den Herausforderungen der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen in Fragen der Bildung und des Bildungssystems stellen zu wollen. Die GEW ist bereit, sich an dem Überarbeitungs- bzw. Neuformulierungsprozess konstruktiv zu beteiligen.
2. Die GEW macht jedoch aus ihrer Enttäuschung und Missbilligung keinen Hehl, dass auf Drängen der Kultusministerkonferenz in einer wesentlichen Frage eine unzutreffende deutsche Übersetzung des Konventionstextes erfolgt ist, indem „inclusive education system“ mit „integrativem Bildungssystem“ übersetzt wurde (Artikel 24 der UN-Konvention). Ein *inklusives* Bildungssystem unterscheidet sich jedoch im Grundsatz von einem *integrativen* System. Die *integrative* Pädagogik strebt die *Eingliederung* der aussortierten oder etikettierten Schüler an. *Inklusive* Pädagogik hingegen sortiert erst gar nicht aus. Sie geht vielmehr davon aus, dass *alle* Schülerinnen und Schüler neben gemeinsamen Bildungs- und Erziehungsbedürfnissen auch *individuelle* Bedürfnisse haben, und darunter auch solche *besonderer Art*, für deren Befriedigung die Bereitstellung spezieller Mittel und Methoden sinnvoll sein kann.
3. Es liegt zwar auf der Hand, dass ein selektives System wie das deutsche bestenfalls integrativ sein kann. Dies kann jedoch eine fehlerhafte deutsche Übersetzung der UN-Konvention nicht rechtfertigen. Die UN-Konvention gibt ein institutionelles Ziel für die volle Verwirklichung des Rechts auf Bildung vor, dem sich die Unterzeichnerstaaten und damit auch Deutschland verpflichtet haben. Und dieses Ziel heißt „Inklusion“. Die GEW erwartet deshalb und drängt darauf, dass auch die KMK die gegenwärtige „integrative“ Phase als Übergangsstadium zu einem vollständig inklusiven Bildungssystem des gemeinsamen Lebens und Lernens bis zum Ende der Pflichtschulzeit betrachtet. Die Zielsetzung – Umsetzung der UN-Konvention – muss in der Überarbeitung der Empfehlungen zur sonderpädagogischen Förderung deshalb deutlich zum Ausdruck kommen, auch indem die bisherige defizitorientierte Perspektive durch eine Könnens- und teilhabebezogene Betrachtung ersetzt wird.
4. Die neuen KMK-Empfehlungen sollen den Weg bahnen in ein inklusionsfähiges Bildungssystem, das den Anforderungen sowohl der UN-Kinderrechtskonvention (KRK) als auch der UN-Behindertenrechtskonvention (BRK) gerecht wird. Ziel ist es, das Recht auf ungehinderten Zugang zum allgemeinen Bildungssystem für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen und besonderen Bedürfnissen beim Lernen zu sichern und ihnen damit gleichberechtigte Teilhabe an Bildung und am Leben in der Gesellschaft zu ermöglichen. Sonderpädagogische Kompetenz muss gemäß ihrem subsidiären Charakter im Rahmen des allgemeinen Bildungssystems und

insbesondere im Regelschulsystem fruchtbar gemacht werden, um die Qualität von Bildung für alle Kinder zu sichern.

Eckpunkte im Einzelnen

- a. Der gemeinsame Unterricht ist für alle Kinder mit und ohne Förderbedarf der Regelfall. Davon kann nicht gegen den Willen der Betroffenen abgewichen werden. Auch unter den gegenwärtigen Bedingungen eines immer noch selektiven Schulsystems müssen deshalb nach der Grundschule ausreichende Möglichkeiten geschaffen werden, um den Eltern- und Kinderwunsch zu berücksichtigen.
- b. Für Integrationsklassen des Grundschulbereichs soll die Möglichkeit bestehen, in der Sekundarstufe geschlossen weiter geführt zu werden. Als organisatorischer Rahmen eignen sich dafür integrative Schulformen besonders. Grundsätzlich ist es aber die Aufgabe jeder Schulform, Kinder und Jugendliche mit Behinderungen aufzunehmen und bestmöglich zu fördern.
- c. Spezielle Bedürfnisse beim Lernen oder beim Zugang zu Bildung werden im Rahmen des Besuchs der allgemeinen Schule erkannt, beschrieben und umgehend gedeckt. Offensichtliche oder bereits von anderer Seite beschriebene behinderungsbedingte Bedarfe, etwa bei Körper- oder Sinnesbehinderungen (z. B. Barrierefreiheit, Assistenz, Nachteilsausgleich, angemessene Kommunikationsformen) werden bereits beim Eintritt in die allgemeine Schule zur Verfügung gestellt.
- d. Die Feststellung spezieller Bedürfnisse beim Lernen oder beim Zugang zu Bildung ist grundsätzlich kein Anlass, Kinder und Jugendliche aus dem allgemeinen Bildungssystem zu verweisen. Dies betrifft sowohl Kinder, die zielgleich lernen, als auch solche, die nicht zielgleich lernen. Vielmehr muss in Umfang und Qualität bedarfsgerechte Förderung, Unterstützung und Assistenz zum Kind gebracht werden. Präventive Aspekte sind zu berücksichtigen.
- e. Die allgemeine Schule muss diese Aufgabe annehmen, darauf eingestellt und vorbereitet werden. Es ist anzuerkennen, dass die Lehrerinnen und Lehrer des Primar- und Sekundarstufenbereichs Hauptakteure in diesem Prozess sind. Sie müssen daher von Beginn an beteiligt werden. Erkenntnisse aus anderen Ansätzen zur Reform des Bildungswesens, wie etwa zum Umgang mit Heterogenität im Klassenraum, müssen genutzt werden. Auf absehbare Zeit sind intensive Fortbildung und begleitende Beratung von Lehrerinnen und Lehrern zur Entwicklung von inklusiven Strukturen notwendig. Die Lehrerbildung muss den neuen Erfordernissen von Grund auf angepasst werden.
- f. Mittel sind so zu steuern, dass sie dem bedarfsgerechten Ausbau inklusiver Strukturen dienen. Dazu sind die tatsächlichen Kosten der Systeme der allgemeinen und der Sonderschulen über die beteiligten Finanztöpfe hinweg zu erheben, zu veröffentlichen und für gemeinsame Beschulung verfügbar zu machen.
- g. Alle bereits bestehenden und noch zu schaffenden Strukturen sind darauf hin zu überprüfen, ob, wie und mit welcher Effektivität sie inklusive Bildung ermöglichen.

(Die Punkte c bis g decken sich mit Forderungen aus der gemeinsamen Erklärung der Behindertenorganisationen Gemeinsam leben gemeinsam lernen, Sozialverband Deutschland und Deutscher Behindertenrat von Januar 2009)